

«Kecnte einordern für die Palästinenser»

Ist ein Boykottaufruf gegenüber Israel legitim? Daniel Vischer von der Gesellschaft Schweiz-Palästina nimmt Stellung.

INTERVIEW: SARA WINTER SAYILIR UND YVES WEGELIN

WOZ: Herr Vischer, die internationale BDS-Kampagne fordert einen flächendeckenden Boykott israelischer Produkte. Stehen Sie zu hundert Prozent dahinter?

Daniel Vischer: Wir von der Gesellschaft Schweiz-Palästina unterstützen die Kampagne, weil wir sagen: Wenn ein Volk von einem Staat unterdrückt wird, der in wichtigen Punkten dem ehemaligen Apartheidregime in Südafrika entspricht, ist der Boykott ein legitimes Mittel. Der Boykott von Südafrika fand in den achtziger Jahren nicht nur innerhalb der Schweizer Linken eine breite Akzeptanz.

Gibt es Aspekte an der Kampagne, die Sie kritisch betrachten?

Ja, etwa die Verknüpfung mit der Forderung nach einer Einstaatenlösung: der Gründung eines gemeinsamen Staates für Israelis und Palästinenser auf dem Gebiet des heutigen Israels und der besetzten Gebiete. Das fordern etwa Organisationen in Basel, die in der Kampagne federführend sind. Es gibt sowohl für die Zweistaatenlösung als auch für die Einstaatenlösung gute Argumente. Doch wir Schweizer haben den Palästinensern nicht zu sagen, welche Lösung sie anzustreben haben. Das müssen die Palästinenser selbst entscheiden. Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, die Rechte der Palästinenser, die das Völkerrecht ihnen gibt, einzufordern.

Gibt es weitere Kritikpunkte?

Ich bin persönlich der Meinung, dass sich der Boykott auf Waren konzentrieren sollte, die in israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten produziert werden, wie etwa die Soda-Club-Maschine, die in den Regalen der hiesigen Grossdetallisten steht. Diese Produkte werden unter völkerrechtswidrigen Bedingungen her-

gestellt. Ich denke, dass eine solche Boykottkampagne eine grössere Zustimmung in der hiesigen Bevölkerung finden würde.

Sind das nicht viele Aber für jemanden, der sich mit seinem Gesicht hinter eine Kampagne stellt?

Nein. Ich bin Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina, und ich unterstütze im Grundsatz diesen Boykott. Aber zu den genannten fraglichen Punkten habe ich eine eigene Meinung.

Die BDS-Kampagne bestraft nicht nur jene Israelis, die die Besetzung und die Siedlungen unterstützen, sondern auch die Minderheit, die dagegen ankämpft.

Dieser Einwand kommt bei jedem Boykott – das war auch im Fall von Südafrika so. Doch diese Kritik kommt meistens nicht aus den Rängen dieser Minderheit, die gegen die Siedlungen kämpft.

Daniel Vischer

Rechtsanwalt Daniel Vischer (61) war zwei Jahrzehnte lang Zürcher Kantonsrat, ist seit 2003 grüner Nationalrat und zudem Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina.

Die BDS-Kampagne ruft auch zum Boykott von Kultur aus Israel auf. Ist das richtig?

Mich stört, wenn Kulturveranstaltungen unter offizieller Ägide des israelischen Staates laufen und zu dessen Propaganda dienen. Wenn sich der israelische Staat hierzulande selbst feiert. Ich habe aber nichts dagegen, wenn israelische Kulturschaffende im eigenen



«Face to Face»: Eine Wanderausstellung zeigt, hier in Ramallah, Aufnahmen von Israelis und PalästinenserInnen mit gleichen Berufen nebeneinander. FOTO: LOAY ABU HAYKEL, REUTERS

Namen auftreten – im Gegenteil! Hier würde ich eine Trennung machen.

Befürchten Sie nicht, dass im Schlepptau der Kampagne antisemitische Bewegungen mitfahren könnten?

Ganz ausschliessen können Sie das nie. Aber Sie können auch nicht viel dagegen tun. Zentral ist, dass unsere Position klar ist.

Je mehr sich die Israelis bedrängt fühlen, desto unnachgiebiger wird die Mehrheit.

Ja, das ist eben die Eigendynamik solcher Konflikte. Nur: Tauwetter hat auch keine Lösung gebracht. Während der Zeit des Osloer Friedensprozesses in den neunziger Jahren wurde der Siedlungsbau am stärksten forciert.

Migros und Coop verzeichnen keinen Rückgang beim Verkauf israelischer Produkte. Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten der Kampagne?

Ich war immer ein historischer Optimist. Aber es ist klar: Die Kampagne besitzt noch keine Massenausstrahlung – es hängen nirgends grosse Plakate, es gibt keine Hochglanzprospekte, die in alle Haushalte flattern. Dazu fehlt das Geld. Und es machen auch keine Konsumentenorganisationen oder Gewerkschaften mit.

Sie haben eine Alternative zur BDS-Kampagne erwähnt: die Beschränkung des Boykotts auf Produkte, die in den israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet hergestellt werden. Doch bei Migros und Coop stehen Produkte in den Regalen, die mit «Israel» angeschrieben sind, jedoch aus Siedlungen stammen.

Ja, genau. Irgendwie klappt diese Deklarationspflicht am Zoll nicht, weil sie umgangen wird. Der Schweizer Zoll sagt, er sei machtlos,

weil israelische Unternehmen Produkte, die sie aus Siedlungen beziehen, als israelische Produkte deklarieren. Auch die Schweizer Detaillisten, die die Produkte beziehen, bieten uns keine Lösungen an. Sie wollen sich natürlich nicht mit den israelischen Lieferanten anlegen.

Nun fordere ich in einer parlamentarischen Initiative ein Einfuhrverbot von Waren aus Siedlungen in den besetzten Gebieten.

Warum setzen Sie sich nur für die palästinensische Sache ein? Warum nicht auch für andere unterdrückte Bevölkerungsgruppen?

Ich komme aus einem israelfreundlichen Haus. Wie alle Gymnasialen habe ich 1967 während des Sechstagekriegs für Israel gegen die arabischen Länder demonstriert, die mit Israel im Krieg waren. Das Umdenken kam 1970: Im «Spiegel» erschienen Beiträge über palästinensische Flüchtlingslager, dann das Buch von Walter Hollstein «Kein Friede um Israel», das mir eine neue Sicht eröffnete. Mein Einsatz seither war auch eine Antwort auf den hiesigen Eurozentrismus. Es ist grotesk: Der Westen – vor allem Deutschland – versucht seine vergangene grosse Schuld gegenüber den Juden wiedergutzumachen, indem er sich auf Kosten der Palästinenser mit Israel solidarisch zeigt.

Im September will die palästinensische Führung einen eigenen Staat ausrufen. Wird die Schweiz den neuen Staat anerkennen? Man hört, die Aussenministerin setze sich dafür ein.

Die Haltung von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ist klar. Ich gehe davon aus, dass die Anerkennung auch auf der Linie ihres Departements liegt. Ob der Gesamtdesrat Ja sagt, ist schwer zu sagen – es wird um eine oder zwei Stimmen gehen.

STANDPUNKT

Faule Ausreden

Stellungnahme des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes zur BDS-Kampagne

Wir Schweizer Juden sind mit Israel aus historischen, religiösen und kulturellen Gründen eng verbunden. Kritik an der Politik Israels ist selbstverständlich erlaubt. Mit Aufrufen, Produkte, Wissenschaftler und Kulturschaffende allein deswegen zu boykottieren, weil sie aus Israel kommen, wird versucht, Israel auszugrenzen. Dagegen wehren wir uns! Solche Boykottaktionen sind fauler als die israelischen Orangen, die die Boykotteure nicht gekauft haben. Und faul sind auch die Ausreden der Boykotteure, es gehe ihnen nur um Frieden und Menschenrechte. Wir fragen uns: Weshalb wird nur Israel an den Pranger gestellt, wo es doch unzählige Staaten auf der Welt gibt, in denen die Menschenrechte in viel grösserem Mass missachtet werden? Der Nahostkonflikt taugt nicht für Schwarz-Weiss-Malerei mit eindeutigen Täter- und Opferzuschreibungen, wie uns die Initianten der Boykottaktionen weismachen wollen: Die Realität ist doch viel komplexer. Es geht nicht an, dass Israel einseitig dämonisiert und alleine als konflikttreibende Partei dargestellt wird und jetzt auch noch einseitig boykottiert werden soll.

Letztlich treffen Boykotte israelischer Produkte auch die palästinensische Zivilbevölkerung. Die Boykotteure müssten zudem konsequenterweise auch ihre Handys und PCs

verschrotten. Darin steckt nämlich massenweise israelisches Know-how. Wieso will BDS ausgerechnet israelische Künstler und Akademiker ausgrenzen, sind es doch gerade häufig diese, die sich für den Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen? Einer Friedenslösung nützen solche Aktionen nicht. In erster Linie werden damit nämlich nur die Extremisten auf beiden Seiten gestärkt.

Letztlich enttarnen sich diese Aktionen als Provokation und Propaganda. Weshalb unterstützen dann gerade jene, die behaupten, im Namen des Friedens und der Menschenrechte zu handeln, solche Aktionen kritiklos? Wir wissen es nicht. Können diese Menschen nicht verstehen, dass Forderungen nach einem Boykott Israels als totale Ausgrenzung des jüdischen Staates – notabene des einzigen demokratischen Rechtsstaates der Region – verstanden werden? Diese angeblichen Freunde des Friedens scheinen auch nicht zu verstehen, dass Boykottaktionen gegen Israel angesichts der Boykottaufrufe der Nazis gegen die Juden an düstere Zeiten aus der Vergangenheit erinnern. Gerade von Vertretern der Linken hätten wir mehr Feingefühl und Geschichtsverständnis erwartet.

HERBERT WINTER, PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHER ISRAELITISCHER GEMEINDEBUND

STANDPUNKT

Gewaltlos widerständig

Stellungnahme der Organisation Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (JVJP) zur BDS-Kampagne

Angesichts der seit Jahrzehnten andauernden Besetzung und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung begrüsst die JVJP den gewaltfreien Widerstand, wie ihn die palästinensische Zivilgesellschaft mit der BDS-Kampagne lanciert hat. BDS wird auch von israelischen GegnerInnen der Besetzung unterstützt. Dennoch hat sich die JVJP Schweiz dem allgemeinen Boykott gegen Israel nicht angeschlossen, sondern unterstützt lediglich einen Boykott gegen die Besetzung.

Die Kampagne stellt uns alle vor das Dilemma, einerseits den legitimen palästinensischen Widerstand zu unterstützen und andererseits nicht antisemitisch zu agieren. Auch deshalb braucht es eine sorgfältige und differenzierte Debatte. Im Fokus der JVJP steht die illegale Besetzung und nicht der Staat Israel an sich. Wir befürworten konkrete Kampagnen zum Boykott von Waren, die von israelischen Firmen in den besetzten Gebieten produziert werden, sowie Aufrufe zum Investitionsstopp. Ebenso befürworten wir Aufrufe an Staaten, Druck auf Israel auszuüben, insbesondere Vorstöße zur Beendigung der Rüstungszusammenarbeit.

Im Aufruf, der der WOZ beilag, gibt es einige Passagen, die uns Mühe bereiten. Das Editorial beginnt mit dem Satz: «Die PalästinenserInnen haben einfach Pech, an der

Existenz Israels ist nicht mehr zu rütteln.» AutorInnen müssen sich die Frage gefallen lassen, was sie im Klartext meinen. Der erste Pt der Forderungen der BDS-Kampagne verliert die «Beendigung der Besetzung und Kolonisation des gesamten arabischen Landes». Ob dem «gesamten arabischen Land» die Gre von 1967 oder aber diejenigen vor der Gründung des israelischen Staates gemeint bleibt offen. Als unerheblich werden wir Hinweis, dass sich der Aufruf «nicht gegen Juden/Jüdinnen als solche» richtet. Uns tiert der Zusatz «als solche». BDS-Massnahmen sind legitime Mittel, die jedoch eindeutige Ziele brauchen. Bei einem allgemeinen Boykott israelischer Produkte graut uns vor antisemitischer TrittbrettfahrerInnen. Gleichzeitig verurteilt die JVJP offizieller jüdischer Institutionen, Kritik an Israel und gewaltfreien Widerstand mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu wehren. Mit ihrem Schweigen zur Besetzung und zu den massiven Versuchen, israelische und palästinensische Friedenskräfte zu man zu machen, werden jene Institutionen zu Komplizen der zunehmenden Apartheidisierung Israels, gegen die die JVJP in Verbundenheit anderen kritisch-jüdischen Kräften ankämpft.

www.jvjp.ch